



Frau
Carina Gödecke
Präsidentin des Landtags NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Vorab per E-Mail

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
16/2441**

A11, A09, A18

15. Dezember 2014

Seite 1 von 2

Auskunft erteilt:
Geschäftsstelle des
Regionalrates

Mail:
katrin.ostsieker@brdt.nrw.de
Zimmer: D 310
Telefon 05231 71-3207
Fax 05231 71-3232

Leopoldstr. 15
32756 Detmold

RVR-Gesetz NRW

Anlage: Beschluss des Regionalrats vom 15.12.2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

der Regionalrat Detmold hat sich mehrfach kritisch zu verschiedenen Inhalten der beabsichtigten Novellierung des RVR-Gesetzes geäußert. Auch in der heutigen Sitzung hat sich der Regionalrat mit dem Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr befasst. Er lehnt den Gesetzesentwurf in der derzeitigen Fassung ab und bekräftigt damit dem Grunde nach seine bisherige Position.

Am 16.12.2014 findet im Landtag die Expertenanhörung der Sachverständigen statt. In diesem Zusammenhang beobachtet der Regionalrat Detmold mit Sorge die zu erwartenden Veränderungen, die mit der Novellierung des RVR-Gesetzes einhergehen. Die hierin vorgesehene einseitige Stärkung des Ruhrgebiets durch die Einräumung von Sonderrechten für den Regionalverband Ruhrgebiet und das „Ruhrparlament“ lassen befürchten, dass zukünftig die regionale Entwicklung in NRW primär auf die Region Ruhrgebiet fokussiert werden soll. Hingewiesen wird nur beispielhaft auf die Zugriffsmöglichkeiten auf Fördermittel oder die Sonderstellung der bisherigen RVR-Verbandsversammlung als direkt gewähltes „Ruhrparlament“.

Dabei hat der Regionalrat Detmold keine Bedenken gegen die Intention des RVR-Gesetzesentwurfes, eine Verbesserung der Situation des Ruhrgebiets herbeizuführen. Diese Forderung ist auch aus Sicht der anderen Regionen Nordrhein-Westfalens nachvollziehbar. Zwingend ist aber, eine solche Entwicklung vergleichbar auch in den anderen Regionen zu



Datum: 15. Dezember 2014

Seite 2 von 2

ermöglichen, und zwar jetzt im Gesetzgebungsverfahren zum RVR-Gesetz mit einem entsprechendem Ergänzungsbeschluss der Landesregierung und des NRW -Landtages.

Der Regionalrat Detmold fordert deshalb die Landesregierung und den NRW-Landtag mit anliegendem Beschluss auf, im Rahmen der weiteren Beratungen des RVR-Gesetzentwurfs eine Gesetzesinitiative zu entwickeln, die auch für die anderen Teilregionen des Landes eine Gleichbehandlung im Hinblick auf die bisher nur für das Ruhrgebiet angedachten erweiterten Möglichkeiten einer eigenständigen regionalen Entwicklung mit sich bringt. Nur auf diese Weise kann der bisher in NRW eingeleitete erfolgreiche Regionalisierungsprozess in allen Teilregionen weiter fortgeführt und forciert werden.

Ich bitte Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, unsere Befürchtungen im weiteren Gesetzgebungsverfahren entsprechend zu berücksichtigen.

Gleichlautende Schreiben haben der Minister für Inneres und Kommunales NRW, die Ministerpräsidentin des Landes NRW sowie die Fraktionsvorsitzenden des Landtags erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Reinold Stücke". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

(Reinold Stücke)

Regionalrat Detmold

Der Vorsitzende

B E S C H L U S S

der Sitzung des Regionalrates

vom Montag, den 15.12.2014

RVR-Gesetz NRW

RR-Drucksache RR-38/2014

Beschluss:

1. Der Regionalrat Detmold lehnt den vom Land vorgelegten Gesetzentwurf zum Regionalverband Ruhr (RVR) in der derzeitigen Fassung ab und bekräftigt damit dem Grunde nach seine bisherige Position.

2. Der Regionalrat Detmold fordert die Landesregierung und den NRW Landtag dazu auf, im Rahmen der weiteren Beratungen des RVR-Gesetzentwurfs eine Gesetzesinitiative zu entwickeln, die auch für die anderen Teilregionen des Landes eine Gleichbehandlung im Hinblick auf die bisher nur für das Ruhrgebiet angedachten erweiterten Möglichkeiten einer eigenständigen regionalen Entwicklung mit sich bringt. Nur auf diese Weise kann der bisher in NRW eingeleitete erfolgreiche Regionalisierungsprozess in allen Teilregionen weiter fortgeführt und forciert werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)